

Pressemitteilung des Landesschülerausschusses Berlin zum Schulbeginn 2019/20 und der derzeitigen Situation an Berliner Schulen

Am Montag, dem 5. August 2019, begann für die rund 330.000 Berliner Schüler*innen das neue Schuljahr. Diesbezüglich lud Berlins Bildungssenatorin, Sandra Scheeres, am 1. August zu einer Pressekonzferenz. Auch der Landesschülerausschuss Berlin möchte die Gelegenheit nutzen, die Herausforderungen, die der Bildungspolitik Berlins in diesem Schuljahr aus Sicht der Schüler*innen bevorsteht, zusammenzufassen.

Chancengleichheit ist ein Thema, das uns als LSA Berlin besonders am Herzen liegt. Wir sind davon überzeugt, dass jedes Kind, unabhängig vom sozialen Stand der Eltern, die gleichen Chancen auf gute Bildung haben muss. Diese ist aufgrund von Materialkosten, wie z.B. Bücherbeschaffungen und sonstiger finanziellen Hürden für sozial schwächer Gestellten nicht gewährleistet. Darüber hinaus erhalten Schüler*innen aus Familien der oberen Mittelschicht und aus reichen Familien mehr Förderung. Dies sehen wir als unverhältnismäßig und ungerecht an, denn Förderung und Unterstützung bei einer guten Schulbildung lässt sich niemals mit dem sozialen Stand der Eltern rechtfertigen.

Daran anschließend fordert der LSA Berlin kleinere Klassenstärken, um eine bessere Lernatmosphäre und mehr individuelle Unterstützung sicherstellen zu können. Dringendst muss eine Alternative gefunden werden, denn größere Klassen aufgrund von **Lehrkräfte- und Schulplätzenmangel** ist in unserer derzeitigen Situation keinesfalls anzustreben. Dabei müssen die Gründe behoben werden, die Lehrkräfte davon abhalten, nicht in Berlin zu unterrichten. Andererseits sehen wir langfristig das Risiko, dass Berlin im bundesdeutschen Vergleich keine qualitative Schulbildung mehr bieten kann. Die Arbeit von Bildungssenatorin Scheeres beurteilen wir als unzureichend und schließen uns insofern der Kritik des Landeselternausschuss Berlin an.

Von besonderer Priorität wird im neuen Schuljahr die **Bekämpfung von Mobbing** sein. Durch neue Klassenkonstellationen und Schulwechsel können neue Fälle von Mobbing entstehen und/oder alte fortgesetzt werden. Hier ist eine verstärkte Beobachtung durch die Lehrkräfte und durch die Eltern, aber in erster Linie eine deutlich engagiertere Unterstützung durch die Senatsverwaltung von Nöten. Wir erwarten ein steigendes Interesse an der Auseinandersetzung mit dieser Problematik und fordern eine zeitnahe, ebenbürtige Neubesetzung des Amtes der*des Mobbingbeauftragten. Die zusätzliche Einsetzung eines*einer beauftragten Schülers*Schülerin begrüßen wir sehr.

Der Landesschülerausschuss

bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und
Wissenschaft



Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

U+S Alexanderplatz

Landesschülerausschuss

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

Doch nicht nur Mobbing wird mit dem Schulstart eine Herausforderung. Wir sind der Auffassung, dass Schüler*innen beim Wechsel auf weiterführende Schulen grundsätzlich zu sehr auf sich alleine gestellt sind. Wir befürworten eine Einführungswoche, in der die neuen Schüler*innen mit dem Schul-
leben der neuen Schule vertraut gemacht werden.

Für dringend notwendig hält der LSA Berlin die **strukturelle Stärkung von Schülervertretungen** durch festgelegte Finanzetats und eine verstärkte Begleitung der Schülervertretungen durch ausgebildete Pädagog*innen. Neben besseren Strukturen und mehr Unterstützungen für Schülervertretungen, die Partizipation und Teilhabe am demokratischen Leben von Kindern und Jugendlichen erst ermöglichen, fordern wir weiterhin die anständige politische Bildung im Sinne der demokratischen Erziehung. Wir schauen mit Spannung auf die Entwicklung des Fachs Politische Bildung, denn uns ist bewusst, dass abzuwarten bleibt, inwiefern sich Erfolge verzeichnen lassen und an welchen Stellen noch andere Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

Ebenso stellt die mangelnde Ausstattung, besonders im **Sanitätsbereich** ein großes Problem dar. Die Anzahl der Erste-Hilfe-Kästen ist unzureichend und es sollte vermehrt darauf geachtet werden, dass die „Ausführungsvorschriften zur Sicherstellung der ersten Hilfe an Schulen“ von der SenBJF aus dem Jahr 2003 eingehalten werden. Den Missstand der schlechten Erste-Hilfe-Ausstattung gilt es bei Schu-
linspektionen zu überprüfen und ggf. zügig zu beheben. Darüber hinaus wird den wenigsten Schüler*innen gelehrt, wie sie in einem Notfall zu reagieren haben. Aus diesem Grund sollte eine aus-
führliche Unterweisung Bestandteil der Rahmenlehrpläne von Sport und Biologie in Klasse 7 und 8 werden.

